

„Einigkeit und Recht und Freiheit – QUO VADIS?“

Rede an die Deutsche Nation

Markus Meckel

3. Oktober 2018, Paulskirche in Frankfurt/Main

Anrede

In der DDR geboren und aufgewachsen konnte ich 1986 das erste Mal den Westen meines Vaterlandes besuchen, meine Tante feierte ihren 60. Geburtstag. Nach langer Zugfahrt kam ich in der Nacht aus der grauen DDR auf dem von Reklame leuchtenden und bunten Bahnhof in Essen an – in einer mir fremd anmutenden Welt. Plötzlich rief jemand laut einen anderen an – und sprach deutsch, meine Sprache. Ich war fast zu Tränen, tief berührt. Ähnliches hatte ich schon einmal erlebt: 1971, als ich das erste Mal in Kronstadt in Rumänien Siebenbürger Sachsen traf. In der Fremde die eigene Sprache als Muttersprache zu hören – das ist etwas Besonderes und schafft unmittelbare Verbundenheit, Vertrautheit im Fremden. Inzwischen leben nicht nur die meisten Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben aus Rumänien in Deutschland, wir Deutschen aus Ost und West leben seit fast drei Jahrzehnten im nun vereinten Deutschland – und Rumänien gehört zur Europäischen Union. Wir singen unsere Nationalhymne und dürfen beglückt als eigene Erfahrung preisen, was deren Dichter Hoffmann von Fallersleben noch als Erwartung und Hoffnung besang: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Wenn wir uns jedoch umsehen, müssen wir feststellen: Wir sind heute nicht wirklich beglückt. Unser Gemeinwesen ist von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit umgetrieben und von mancherlei Spaltung zerrissen. Wohin steuern wir? Kann uns ein solcher Gedenktag wie der heutige Orientierung geben?

Es ist kein Zufall, dass die Nationalversammlung von 1848/49, die hier in dieser Kirche vor nunmehr 170 Jahren tagte, sich nach der vielfach siegreichen Revolution auf den Barrikaden hier in besonderer Weise der Erarbeitung einer Verfassung widmete, die eine Grundlage schaffen sollte für „Einigkeit und Recht und Freiheit“ der Deutschen. Sie wollte einen auf Wahlen beruhenden parlamentarischen Verfassungsstaat, der die Bürger- und Menschenrechte garantierte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sicherte und Raum gab für politische Mitwirkung sowie Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistete. Auch die in Deutschland lebenden Minderheiten sollten mit klaren Rechten ausgestattet sein. Ja, sogar ein allgemeines „Recht auf Bildung“ wurde hier schon kodifiziert.

Diese Nationalverfassung wurde dann sogar beschlossen und rechtskräftig. 28 der 36 deutschen Regierungen anerkannten sie, doch scheiterte ihre Umsetzung. Der preußische König schlug die ihm von der Nationalversammlung angebotene „Kaiserkrone der Deutschen“ aus und hielt an seinem „Gottesgnadentum“ fest. Friedrich Wilhelm IV. war weder bereit, ein über ihm stehendes Recht noch eine auf freien Wahlen gegründete Volksherrschaft anzuerkennen.

Damit war vorerst das andere Ziel der 48'er Revolution auch dahin: die Einheit der Deutschen, die Schaffung eines deutschen Nationalstaates. Diesen schuf Bismarck dann 23 Jahre später, nach drei Kriegen, aber eben ohne jene Freiheiten, für die die Nationalversammlung stand.

Erst die Katastrophe des Ersten Weltkrieges fegte die Monarchien in Europa hinweg, die (anders als in anderen Ländern) zur Demokratie nicht bereit waren. Sie machte den Weg frei zur Verwirklichung dieses Anspruchs von 1848: Freiheit und Recht und Einigkeit – ein demokratisches Deutschland, dessen Grundlage die Weimarer Verfassung wurde. Diese wiederum nahm vieles auf, was vorher hier in der Paulskirche diskutiert und beschlossen wurde. Bei den Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Nationalversammlung 1923, hier in der Paulskirche, wurde diese Traditionslinie von Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichstagspräsident Paul Löbe ausdrücklich hervorgehoben – Namen, die sie wiederum auch im heutigen Regierungsviertel in Berlin antreffen, ein Zeichen dafür, dass sich auch das vereinte Deutschland dieser Rechtstradition verpflichtet weiß.

In diesen Wochen blicken wir zurück auf das 100jährige Ende des Ersten Weltkrieges und zugleich auf den Anfang der ersten deutschen Demokratie. In einer Situation, in der Deutschland am Boden lag, übernahmen Demokraten das erste Mal Regierungsverantwortung, um Deutschland in die Zukunft zu führen. Gewiss wurden damals auch Fehler gemacht, aber wenn man über diese Zeit nachliest, kann man nur voller Bewunderung sein, wie Einzelne den Mut hatten, in schwer umkämpften Situationen mit klarer Orientierung an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ihre Entscheidungen zu treffen, gegen revanchistische Versuchungen und bolschewistische Versprechen.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen haben das vergangene Jahrhundert in einer Weise geprägt, wie es uns oft nicht mehr bewusst ist. Mit dem im Größenwahn von Deutschland selbst provozierten Kriegseintritt der USA 1917 war seine Niederlage besiegelt. Im Juli 1917 hatten die Parteien, die dann die Weimarer Republik tragen sollten, im Deutschen Reichstag eine Friedensresolution beschlossen, doch wurde sie von Hindenburg und Ludendorff beiseite gewischt – das Parlament hatte eben noch keine wirkliche Macht. Die Amerikaner unter Präsident Wilson jedoch sahen sich im Auftrag, die Einführung von Demokratien in Europa zu unterstützen. Die nach dem Zerfall der monarchischen Reiche neu entstehenden Staaten wurden schließlich auch als parlamentarische Demokratien gegründet. Das Frauenwahlrecht, um das lange gekämpft worden war, nahm seinen Siegeszug durch Europa. Nach

der Katastrophe des Weltkrieges wurde versucht, eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, der Völkerbund wurde gegründet. Dieser stand ein für die Lösung internationaler Konflikte und sah sich u.a. auch in der Verantwortung, sich um die Flüchtlinge zu kümmern, die damals in großer Zahl vor dem Bürgerkrieg und den Bolschewiki aus Russland in den Westen kamen - alleine 600.000 Menschen retteten sich bis 1923 nach Deutschland.

Mit der Gründung neuer Nationalstaaten, deren Bevölkerung aber durchaus ethnisch gemischt war, entstand nach 1918 das Problem der Rechte von Minderheiten. Manche dachten damals – wie übrigens heute wieder, Demokratie sei das Recht der Mehrheit, so dass dann eine gewählte Regierung machen könne, was sie wolle. Demgegenüber wurde schon vor 100 Jahren deutlich gemacht, dass Demokratie auf Werten und Rechten gründet, die jedem Menschen und auch Minderheiten zustehen, die von Mehrheiten nicht einfach hinweggewischt werden dürfen. Ein Thema, das gerade heute wieder hoch aktuell ist.

Beide großen Errungenschaften am Ende des Ersten Weltkrieges – der Siegeszug der parlamentarischen Demokratie und der Völkerbund, der internationales Recht stärken und umsetzen sollte – waren nicht von langer Dauer. Nicht nur in Deutschland, auch in den anderen neugegründeten Staaten (außer der Tschechoslowakei!) versagte die Demokratie – nach 15 Jahren war sie durch autoritäre oder diktatorische Regime abgelöst. Es gab nicht genügend Demokraten, die für sie einstanden und sie verteidigten.

Die Amerikaner wurden schließlich nicht einmal in dem von ihnen initiierten Völkerbund Mitglied und er scheiterte schließlich. Der Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und ihrer Menschenrechtserklärung von 1948 bleibt bis heute eine internationale Herausforderung für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und die Friedenssicherung. Dabei bleiben die UN angewiesen auf den Willen der Staaten, sie zu stützen und stark zu machen. Gerade heute aber – nach der Annexion der Krim ganz offensichtlich - steht diese internationale Rechtsordnung wieder unter einem Druck, wie wir es uns in den letzten Jahrzehnten nicht mehr vorstellen konnten.

Am Ende des Ersten Weltkrieges entstand das, was wir über Jahrzehnte hin in positiver Weise „den Westen“ genannt haben: eine transatlantische Staatengemeinschaft, die sich gemeinsamen Werten verpflichtet fühlt. Zwar verharrten die USA zunächst wieder in ihrer Isolation und zogen sich aus Europa zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch geschah das nicht wieder. Die USA wurden zum Garanten der Demokratie im westlichen Nachkriegseuropa, sie unterstützten die Bildung der Europäischen Gemeinschaften, die Integration der (zunächst west-) europäischen Staaten, unsere heutige Europäische Union. Diese wurde nach dem Sieg von Freiheit und Demokratie 1989/90 zu einem Anker der neuen postkommunistischen Demokratien. Die transatlantischen Beziehungen sind somit seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Jahrhundertthema. Im Kalten Krieg wurden sie zur existentiellen Basis. Der Westen war für viele im Osten Ziel ihrer Sehnsüchte, das Symbol für Freiheit. Heute müssen wir mit Erschrecken feststellen, dass diese Grundlage, die

angesichts der Globalisierung nicht weniger wichtig wäre als im Kalten Krieg, zutiefst gefährdet ist. Dies bedeutet eine immense Herausforderung!

Die Präsidentschaft Donald Trumps führt uns vor Augen, was eigentlich schon lange ansteht, die Emanzipation der Europäer, der Europäischen Union im transatlantischen Verhältnis und in der internationalen Politik. Das heißt, wir Europäer müssen es lernen, den Amerikanern auf Augenhöhe zu begegnen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen partnerschaftsfähig werden und in diese Partnerschaft das entsprechende Gewicht einbringen. Davon aber sind wir weit entfernt, sowohl was die Ressourcen angeht, wie auch, wenn es um die dafür erforderliche Einigkeit unter den Europäern geht. Dabei gilt: für die Gestaltung der Globalisierung durch ein regelbasiertes Miteinander und die dieses unterstützenden Institutionen ist ein gemeinsam handlungsfähiger „Westen“ von zentraler Bedeutung. Nur gemeinsam wird es gelingen, unseren Werten, dem internationalen Recht und der Würde des Menschen, weltweit mehr Geltung zu verschaffen. Voraussetzung dafür bleibt natürlich, dass wir uns im eigenen Handeln auch selbst von diesen Werten leiten lassen und sie nicht nur im Munde führen!

Meine Damen und Herren, Sie sehen, welche aktuellen Fragen zum Thema werden, wenn man am heutigen 3. Oktober aus gutem Grund auch diesen 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges genauer bedenkt. Ich möchte hier nun noch an zwei weitere runde Jahrestage erinnern, die in diesem Jahr und in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind: an das Jahr 1938 und an 1968 in seiner doppelten Bedeutung.

1938 – die Pogrome an der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Hier wurden einer Bevölkerungsgruppe alle Rechte entzogen, sie wurden dem Terror und dem Mob ausgeliefert. Und die große Mehrheit der Deutschen sah tatenlos zu. Es gab keinen Aufschrei der Aufrechten. War es Übereinstimmung, Gleichgültigkeit, Angst? Ich stelle einmal die spekulative Frage: Was wäre geschehen, wenn es diesen Aufschrei gegeben hätte, laut und vernehmlich, durch alle Bevölkerungsgruppen? Wäre auch dann alles so weiter geschehen, wie es geschah – mit 6 Millionen ermordeten europäischen Juden am Ende des Krieges?

1968 – erlauben Sie mir als Ostdeutschem, hier zuerst an den Versuch in der Tschechoslowakei zu erinnern, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu errichten. Das hat uns damals so viel Hoffnung gegeben! Und dann denken wir natürlich daran, wie dieser Traum durch sowjetische Panzer zunichte gemacht wurde. Für mich als 16-Jährigem war das damals der Beginn meines politischen Engagements.

Sie hier in Frankfurt denken zum Jahr 1968 natürlich zuerst an die turbulenten Erfahrungen mit der Studentenrevolte, war hier doch eines ihrer Zentren. Bei allen Fragen an die neomarxistische Attitüde, die viele Akteure damals an den Tag legten, bleiben m.E. jedoch zwei Anstöße dieser Zeit von zentraler Bedeutung: Die 68´er machten zum einen deutlich,

dass Autorität und Tradition kritisch zu hinterfragen sind und jeweils neu begründet werden müssen. Sie schnitten manchen alten Zopf einfach ab. Und sie waren zum anderen nicht bereit, die Schuld der Vergangenheit weiter zu beschweigen und fragten nach der Verantwortung. Sie setzten einen Prozess der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit in Gang, der bis heute für uns von zentraler Bedeutung ist. Diese zwar durchaus immer strittige, aber dann doch einen breiten Konsens findende Aufarbeitung des Nationalsozialismus hat zu einer weltweiten Anerkennung der Bundesrepublik geführt. Der kniende Kanzler Willy Brandt vor dem Ghettondenkmal in Warschau ist zu einem Gen deutscher Identität geworden. Ich bin überzeugt davon, dass die internationale Anerkennung für die Übernahme der Verantwortung für unsere schwer belastete Geschichte eine zentrale Voraussetzung dafür war, dass die Alliierten und Nachbarn 1990 die Vereinigung Deutschlands akzeptierten. Obwohl die 68'er 1990 selbst nicht unbedingt zu den Unterstützern der deutschen Einheit gehörten, hatten sie so gesehen auch ein Verdienst, diese Einheit möglich gemacht zu haben.

Meine Damen und Herren,

wir begehen heute den Tag der Deutschen Einheit vor 29 Jahren. Gerade wenn wir auf das ganze Jahrhundert zurückblicken, müssen wir doch sagen: Welch ein Glück war das für uns Deutsche, dies erleben zu dürfen - 4 ½ Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, in welchem wir so viel Mord und Terror über ganz Europa gebracht haben! Dass dies gelungen ist, kann ich auch heute nur als ein ganz großes Geschenk ansehen. Natürlich erwächst uns daraus auch eine Verantwortung, doch darauf möchte ich später zurückkommen.

Zunächst gilt es festzustellen, dass auf diese Einheit niemand wirklich vorbereitet war. Jedenfalls war von einer solchen Vorbereitung bei niemandem der Akteure etwas zu spüren. Wir Deutschen haben bis heute für dieses für unsere Geschichte so wichtige Ereignis noch längst nicht eine gemeinsame Erzählung gefunden. Dabei ist das für unser Selbstverständnis und Agieren in der Zukunft durchaus wichtig. Die Voraussetzung dafür aber ist, dass wir beginnen, uns gegenseitig zuzuhören. Dass wir uns unsere jeweiligen Erfahrungen erzählen, und dazu gehören auch die derer, die in den letzten Wochen in Dresden und Chemnitz auf der Straße waren.

Als ich in den 1990er Jahren in Süddeutschland einen Vortrag hielt, formulierte ein Student – den Einigungsprozess beschreibend: „als die DDR zu Deutschland kam“. Dies ist gewiss eine ungewöhnliche Formulierung, doch gibt sie m.E. ziemlich präzise das unmittelbare Gefühl vieler Westdeutscher wieder. Die Ostdeutschen sind nach diesem Verständnis die Hinzugekommenen, für die man durchaus auch bereit war, einiges zu tun. Doch gilt dann auch: „Alles hat seine Grenzen. Irgendwann – nach 30 Jahren – muss aber Schluss sein!“ So kann man es heute in Gesprächen immer wieder hören.

Die Geschichte der Bundesrepublik ist nach diesem Verständnis die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit – die DDR-Geschichte dagegen wird zur Regionalgeschichte, eine Sache für Spezialisten, die in den Anhang gehört bzw. als Exkurs oder Sonderkapitel abgehandelt wird. Dabei wäre es ja wohl richtiger und angemessener, die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit als geteilte Geschichte zu beschreiben, bei der beide deutsche Staaten nicht nur von der jeweiligen Vormacht und dem jeweiligen Bündnis geprägt, sondern immer auch stark aufeinander bezogen waren. Dies geschieht bis heute jedoch ganz selten. Da Geschichtserzählung aber etwas mit Identitätsbestimmung zu tun hat – glauben Sie nicht, dass es Auswirkungen hat, wenn 30 Jahre nach der deutschen Einheit die Geschichte der einen Deutschen als die eigentliche deutsche Geschichte betrachtet wird und die der anderen als ein Anhang, Exkurs oder eine Sondergeschichte?

International wird Deutschland trotz aller Turbulenzen der Gegenwart mit Recht als eine gefestigte Demokratie angesehen. Ein wichtiger Anker dafür ist die - natürlich auch immer hart umkämpfte - demokratische Entwicklung der Bundesrepublik bis 1990. Doch haben wir Ostdeutschen in diese Geschichte und Tradition einzubringen, dass hier erstmalig in der deutschen Geschichte Freiheit und Demokratie selbst erkämpft wurden, und dies ohne ein Blutbad. Erst diese siegreiche Freiheitsrevolution eröffnete das Tor zur deutschen Einheit. Es wäre spannend, die Aufbrüche zur Freiheit und ihre Debatten hier in der Paulskirche 1848/49 mit denen am Runden Tisch und in der frei gewählten Volkskammer zu vergleichen. Da waren jeweils Menschen aktiv, die nicht als Politiker geboren waren, sondern ganz unmittelbar ihre Bürgerrechte in Anspruch nahmen und endlich selbst ihre Zukunft in die Hand nehmen wollten. Ein Unterschied aber ist manifest: Die Nationalversammlung schuf in langen Diskussionen ihre Verfassung. Die Ostdeutschen aber haben zwar Freiheit und Demokratie selbst erkämpft – das Recht aber wurde durch den Beitritt übernommen und nicht mehr selbst gestaltet. Das war damals der einfachste verfassungsrechtliche Weg und von der großen Mehrheit in Ost und West gewollt. Es bestand damals aber von westlicher Seite nicht einmal die Bereitschaft, sich auf der Grundlage des Grundgesetzes gemeinsam eine neue Verfassung zu geben und sie abstimmen zu lassen. Ist neben anderem vielleicht auch dies ein Grund dafür, dass das Grundvertrauen in das Recht im Osten nur so mangelhaft entwickelt ist?

In den 1990er Jahren erklärte ein bekannter deutscher Politiker im Bundestag, dass er sich freue, dass die Ostdeutschen durch die Einheit die Freiheit erhalten hätten. Ich schaute mich damals empört im Plenum um – aber niemandem schien das aufgefallen zu sein. War das doch eine Verdrehung der Tatsachen! Wir im Osten hatten die Freiheit selbst erkämpft und dadurch war die Einheit möglich geworden. Die große Mehrheit der Ostdeutschen wollte die Einheit und machte dann auch ständig Druck. Sie kennen den Slogan: „Wenn die DM nicht kommt zu mir, geh´n wir zu ihr!“ Durch die errungene Freiheit wurde die Einheit möglich. Deshalb ist es auch wichtig, dass das Denkmal, das jetzt in Berlin entstehen soll, Freiheits- und Einheitsdenkmal heißen wird, und nicht „Einheits- und Freiheitsdenkmal“, wie die

Initiatoren es ursprünglich nannten. Überhaupt ist es schon verwunderlich, dass wir Deutschen uns so schwer tun, diesem zentralen Ereignis unserer Geschichte ein Denkmal zu bauen. Wenn ich die vielen Bismarckdenkmäler ansehe, die an die Einheit „mit Blut und Eisen“ von 1871 erinnern, dann ist das schon erstaunlich. Wir Deutschen haben wohl irgendwie Schwierigkeiten, uns auch einmal wirklich zu freuen und dieser Freude Gestalt und Ausdruck zu geben. Natürlich kann man über jede Formgebung diskutieren. Das war auch beim Holocaustdenkmal so. Doch bin ich überzeugt, wie letzteres von den Menschen angenommen wurde, so wird es auch mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal vor dem Berliner Schloss sein! Wichtig wird sein, es wie beim Holocaustdenkmal um eine erklärende Ausstellung zu ergänzen.

Auch wenn mit der Vereinigung Deutschland wieder ein Nationalstaat wurde, handelte es sich 1989/90 nicht nur um ein nationales Ereignis und kann angemessen nicht nur national erinnert werden. Schon die Friedliche Revolution in der DDR gehört in den Kontext dessen, was vorher in Polen und Ungarn und später auch in der Tschechoslowakei geschah. Sie war Teil einer mitteleuropäischen Revolution, eines Systemwechsels, der den Kommunismus in Osteuropa zum Einsturz brachte und den Kalten Krieg beendete. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde weltweit zum Symbol dafür. Deshalb mussten Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken gewissermaßen als geborene Gäste zu jeder Feier des Mauerfalls gehören. So kam es m.E. fast einer Geschichtsfälschung gleich, als man 2009 in Berlin zum 9. November eine Veranstaltung mit Helmut Kohl, Georg Bush sen. und Michail Gorbatschow machte – waren doch alle drei von den Revolutionen im Herbst 1989 und vom Mauerfall überrascht worden. Tadeusz Mazowiecki aber, Symbolfigur und zentraler Akteur dieses mitteleuropäischen Aufbruchs, war zwar an diesem Tag im letzten Augenblick doch noch eingeladen worden, durfte aber nur schweigend in der ersten Reihe sitzen. Natürlich spielten die genannten Politiker für die deutsche Einheit eine zentrale Rolle – aber eben für die deutsche Einheit, also als die Tür dazu aufgestoßen war. Deshalb gehören die Alliierten und Polen auch zu jeder Feier der deutschen Einheit am 3. Oktober. Solche differenzierten Zusammenhänge auch in unseren Gedenkfeiern stärker zu beachten, scheint mir für Europa zunehmend wichtig. Denn die meisten nationalen Gedenkfeiern europäischer Länder beziehen sich auf Ereignisse, die eben nicht nur nationale waren. Denken Sie nur an die französische Revolution oder eben den 11. November als Tag des Endes des Ersten Weltkrieges, von dem schon die Rede war.

Liest man verschiedene Reden zur deutschen Einheit der letzten drei Jahrzehnte nach, so wird dort sehr häufig an die Hunderttausende auf den Straßen der DDR erinnert, dann kam der Fall der Mauer, den manche auch noch Öffnung nennen, als hätte die SED die Mauer geöffnet. Und schließlich kamen dann die richtigen Politiker aus dem Westen, die mit Gorbatschow die Einheit gemacht haben. Das damit vermittelte Bild kann ich jedoch nicht teilen. Wie erklärt man sich so den Runden Tisch und die freien Wahlen in der DDR – beides geschah erst nach dem Mauerfall? Man bekommt doch bei einer solchen Darstellung den

Eindruck, dass wir im Osten auch noch einmal eine Weile für uns allein ein paar demokratische Übungen oder Spiele machen wollten. Manche haben uns das ja auch nachgesagt.

Das übliche Bild von der deutschen Vereinigung vernachlässigt, dass es eine verhandelte Einheit war, und eben nicht nur international in den 2+4-Verhandlungen. Wer aber hätte denn für die DDR verhandeln sollen? Etwa die SED? So blieb für uns auch nach dem Mauerfall Priorität, was es auch schon vorher war: die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie, die Schaffung von demokratischen Institutionen – zum Beispiel auch die Errichtung der Länder! Erst die freien Wahlen im März 1990 schufen die Voraussetzungen für Verhandlungen mit einem demokratischen Mandat. Erst so war die DDR verhandlungs- und damit vereinigungsfähig. Das aber konnte nicht von außen geschehen. Das war unsere ureigene Aufgabe.

So ereignete sich – von den institutionellen Abläufen her gesehen – der Prozess der deutschen Einheit, wie er kaum besser hätte sein können. Erst wurde in einer gewaltfreien Revolution im Zusammenspiel von neuen demokratischen Vereinigungen und den Massen auf den Straßen die Diktatur gestürzt. In einem friedlichen Verhandlungsprozess am Runden Tisch wurde der Unterdrückungsapparat des kommunistischen Systems, die Stasi, ausgeschaltet. Hier wurden die Bedingungen der freien Wahl ausgehandelt und diese schuf das frei gewählte Parlament, die Volkskammer, und die Regierungskoalition, welche das Mandat für Vereinigungsverhandlungen hatte. Beide deutschen Regierungen verhandelten die nötigen Verträge miteinander und mit den ehemaligen Alliierten. Auf dieser Grundlage beschloss die frei gewählte Volkskammer der DDR den Beitritt, der zum 3. Oktober 1990 rechtskräftig wurde. Wenn man diese Geschichte so beschreibt, kann man behaupten – und das ist meine Überzeugung, dass die Ereignisse dieser Monate in besonderer Weise der aufrechte und selbstbewusste Gang der Ostdeutschen in die deutsche Einheit waren.

Natürlich ist von dem institutionellen Ablauf der Verhandlungen die Bewertung der konkreten inhaltlichen Ergebnisse zu unterscheiden. Hier kam dann die Überlegenheit der westlichen Verhandlungsführer als erfahrene Politiker ins Spiel, unterstützt von einer ausgezeichneten Bürokratie, und eine Politik, die ihre eigenen Interessen nie aus dem Blick verlor. Es darf auch nicht vergessen werden, dass 1990 die Bundestagswahl bevorstand, was m. E. den Vereinigungsprozess in hohem Maße beeinflusste. Gleichzeitig muss hier gesagt werden, dass eine hohe Zahl der DDR-Bürger diese Verhandlungen, die ja von ihrer eigenen Regierung in ihrem Interesse geführt wurden, selbst nicht schätzten und unterstützten. Sie sahen die Verhandlungen nur als Verzögerung der Einheit, die sie lieber heute als morgen wollten, versprachen sie sich doch davon nicht zuletzt auch schnellen Wohlstand. Solche falschen Hoffnungen wurden dann im politischen Prozess auch noch zusätzlich genährt. Dies stärkte nicht gerade die Verhandlungskraft der DDR-Regierung, die ohnehin genug Schwierigkeiten hatte, ihre Positionen zu bestimmen. Die Gemengelage in dieser großen

Koalition war hoch kompliziert, der Anteil der alten Blockparteien, die bis wenige Wochen vorher noch integraler Teil des kommunistischen Systems gewesen waren, war erheblich. Abstimmungsprozesse waren nicht eingeübt – Koalitionsregierungen hatte es in der DDR noch nicht gegeben.

Es ist leider bezeichnend, dass es für diese Dimensionen der deutschen Einheit weder in Öffentlichkeit noch Forschung ein wirkliches Interesse gibt. Gewiss waren die beiden innerdeutschen Einigungsverträge eine Meisterleistung der deutschen Bürokratie, um eine so völlig anders strukturierte Gesellschaft wie die DDR in die Strukturen der Bundesrepublik zu integrieren und anzuschließen. Ob und wie weit es auch eine politische Meisterleistung war, sei dahingestellt. Empathie, Reformbereitschaft und die Bereitschaft zu Neuem waren jedenfalls keine Orientierungen, die sich in den Verträgen wirklich niedergeschlagen haben. Es wäre zu wünschen, dass zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit zu diesen Fragen und der darauf folgenden Transformation ein offener Diskurs entstünde, der von Sachlichkeit und Differenzierung getragen ist. Ich bin sicher, dass sich dann auch zu manchen gegenwärtigen Entwicklungen neue Erkenntnisse gewinnen lassen.

Meine Damen und Herren,

nach der freien Wahl in der DDR schrieben wir, die regierungsbildenden Parteien, im April 1990 in den Koalitionsvertrag, dass auch unsere Nachbarn, die mit uns Freiheit und Demokratie erkämpft hatten, ebenfalls die Chance haben sollten, den transatlantischen Strukturen beizutreten. Wir als Ostdeutsche wurden ja mit der Vereinigung automatisch Mitglied. Das hat dann lange gedauert, ist aber Realität geworden. Viele der neuen Demokratien sind nunmehr Teil der Europäischen Union und der Nato. Heute stehen wir vor der Herausforderung, die Grundlage unserer Rechtsordnung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa – nämlich die demokratischen Werte neu zu verteidigen. Dies aber muss auf doppelte Weise geschehen, zum einen durch die notwendigen Rechtsmittel, zum anderen aber durch die lebendige Überzeugungskraft gelebter demokratischer Kultur und einer Politik, die sich öffentlich und differenziert erklärt. Politik aber darf man nicht allein den Politikern überlassen. Sie ist Sache jedes einzelnen Bürgers. Die Revolution 1848/49 war mit einem ungeheuren Aufschwung an bürgerschaftlichem Engagement in Vereinen und Assoziationen verbunden sowie mit einem lebendigen Diskurs in Presse und Öffentlichkeit. Davon lebt der demokratische Prozess, damals wie heute.

Dazu kommt ein letztes, das ich noch einmal betonen möchte: das ist die Bedeutung des Rechts in dieser Trias, Einigkeit und Recht und Freiheit. Oft fällt es nämlich unter den Tisch, dabei ist es zentral, und zwar in seiner doppelten Dimension, (1) als Grundrecht, das jedem Menschen in seiner Würde gilt, wie (2) als Gemeinschaftsrecht, das unser Zusammenleben regelt. Vielleicht müssen wir in Deutschland, aber mehr noch in Europa über diese Dimension der Demokratie noch viel mehr reden. Nicht nur im Blick auf manche Nachbarn ist festzuhalten: Demokratie ist nicht allein der Wille der Mehrheit zur unbegrenzten

Machtdurchsetzung, sie lebt von der Anerkennung des staatliche Gewalt einschränkenden Rechts, von einer politischen Kultur, in welcher der andere und Andersdenkende, der Schwache, der Fremde und die Minderheit in ihrer Würde geachtet werden. Diese mit Rechten ausgestattete Würde zu achten und zu schützen, ist gerade die vornehme Aufgabe eines jeden Staates.

Meine Damen und Herren,

Als die Paulskirche nach ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg 1947 wieder aufgebaut wurde, sagte der hessische Ministerpräsident Christian Stock zur Grundsteinlegung: „Die Paulskirche ist das Haus der deutschen Demokratie“. Dass dies Wirklichkeit wurde, bezeugt jede Nachricht aus diesen Mauern. Doch er fügte hinzu: „Und unser aller Schwur soll heute lauten, das heilige Gut der demokratischen Freiheit mit allen Kräften zu verteidigen und es nie wieder herzugeben.“

Schließen wir uns diesem Schwur an, doch gilt er nun nicht nur für Deutschland, sondern für Europa, das unsere Zukunft ist.

Ich danke Ihnen.